

## Gréng Iddie fir Schoulofgänger

Die Wirtschaftskrise wird zu einer schnellen und massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit führen. Die Statec spricht von einem Anstieg der Arbeitslosenrate von 5,3% im März dieses Jahres auf 7% im nächsten Jahr. Im Herbst dieses Jahres werden rund 5000 junge Schulabgänger erstmals auf den Arbeitsmarkt kommen. Regierung und Sozialpartnern suchen derzeit nach Lösungen, um die Schulabgänger vor den Folgen der Krise zu schützen. Bisher wurde aber nur wenig Konkretes angekündigt. Dabei drängt die Zeit: wir haben nur noch fünf Monate, um Instrumente einzurichten, welche die Chancen der Schulabgänger im Herbst erhöhen, trotz der Krise einen Job zu finden.

Bereits vor der Krise war die Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt nicht rosig:

- 30% der Arbeitslosen sind unter 30 Jahren
- Schlechte Orientierung der Jugendlichen aber auch der Erwachsenen im Falle von Umschulung
- Hohe Quote von Schul- und Ausbildungsabbrechern
- Insgesamt niedriges Bildungsniveau der Schulabgänger
- Integrationsprobleme bei der Suche der Erstarbeitsstelle
- Fehlende Koordination und Kooperation der verschiedenen Instanzen
- Strukturelle Probleme diverser Verwaltungen, insbesondere des Arbeitsamtes
- Mangelnde Flexibilität, Motivationsdefizite auf den verschiedensten Ebenen

Dass es trotzdem einigermaßen funktionierte lag weniger am System als am fulminanten Wachstum. Die Probleme wurden durch die Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze kaschiert!

Zwei neue Arbeitsmaßnahmen wurden im Dezember 2006 mit dem umstrittenen Gesetz „5611“ eingeführt. Der „Contrat d’Initiation à l’Emploi“ und der „Contrat d’Activation à l’Emploi“ sollten vorrangig den Jugendlichen beim Eintritt in die Arbeitswelt helfen. Heute, zwei Jahre danach, ist eine Auswertung dieser Maßnahmen unmöglich. Die dazu notwendigen Indikatoren wurden nie aufgestellt. Die Regierung hat ihr damaliges Versprechen nicht gehalten!

Die Krise hat in Luxemburg neben der konjunkturellen Ursache, auch eine strukturelle: hier muss die Politik verantwortlich handeln, unsere Wirtschaft diversifizieren und gezielt auf die Sektoren Kommunikations-, Gesundheits- und Umweltechnologien setzen.

Wir brauchen effiziente Infrastrukturen und Maßnahmen, die sofort eingesetzt werden können und deren Aufgabe darin besteht,

- I. Schulabgänger vor Arbeitslosigkeit zu schützen,
- II. Fortbildungsmaßnahmen einzurichten,
- III. Die Umstrukturierung der Luxemburger Wirtschaft konkret einzuleiten

## **I. Die Taskforce „Schoulofgänger“: Schulabgänger vor Arbeitslosigkeit schützen**

déi gréng schlagen vor, ein zentrales Steuerungsorgan einzurichten, eine TaskForce „Schoulofgänger“, die

- Zuständig ist für die Vermittlung der 5000 Schulabgänger
- Sofortmaßnahmen einleitet um administrative Hürden bei der Lehrstellen-, Arbeits- und Stageplatzsuche abzubauen
- soziale Verantwortung bei privaten und öffentlichen Betrieben aktiviert.

Die TaskForce unter der Verantwortung des Arbeits- sowie Erziehungsministeriums setzt sich zusammen aus Vertretern vom Arbeits- und Bildungsministerium (Adem, ALJ, CPOS, .....), von Patronat, Gewerkschaften, aus der Solidarwirtschaft und spezialisierten Firmen, die in der Arbeitsvermittlung tätig sind. Punktuell können ebenfalls Vertreter der Zivilgesellschaft hinzugezogen werden. Unter Leitung eines mit dieser Sondermission beauftragten Regierungskommissars soll das Gremium wöchentlich tagen und jeden Monat die Öffentlichkeit über den Fortgang der Arbeiten berichten.

Die Hauptmission der Taskforce besteht in der Eingliederung der diesjährigen Schulabgänger aller Ebenen in den Arbeitsprozess, durch

- individuelle Begleitung und Beratung aller Schulabgänger die keine Arbeit finden
  - o Das Arbeitsamt muss diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit den verschiedenen öffentlichen und privaten Initiativen übernehmen (Bündelung der Kräfte)
  - o Das ganze kann als erste Form einer „Maison de l'orientation et de la formation“ gesehen werden
- schnelle und zielorientierte Weitergabe von Informationen über den Lehrstellen- und Arbeitsmarkt,
  - o Die Arbeitsmarktverwaltung soll eine Lehrlings-, Stage- und Arbeitsmarktbörse online betreiben

## **II. Fortbildungsmaßnahmen als optimale Vorbereitung für den Arbeitsmarkt**

Fortbildungsmaßnahmen müssen massiv ausgebaut werden, für eine breite Palette an Berufen und Qualifikationen verfügbar sein und zu Diplomen bzw. Zertifikaten führen. Die ersten Maßnahmen müssen innerhalb weniger Wochen, spätestens im September operationell sein. Es wird auch ein nach der Krise geben, dann brauchen wir gut ausgebildete Arbeitnehmer, keine Arbeitslosen !

déi gréng fordern das Einsetzen von Institutionen, die Fortbildung flexibel und betriebsorientiert anbieten. Es müssen zusätzliche Stage- und Ausbildungsstellen geschaffen werden. Diese müssen sowohl für Betriebe wie auch für Auszubildende attraktiv sein:

- das CFNPC soll seine eigentliche Rolle als flexibles Weiterbildungszentrum übernehmen, anstatt zu einer Regelschule für Schulabbrecher zu werden
- kurzfristig ist Weiterbildung in Greentech's einzuführen, z.B. in den Bereichen Gebäudesanierung, Energietechnik, Umweltmanagement (Recyclingagent...)
- das Angebot an berufsnahen BTS Ausbildungen ist möglich schnell auszubauen
- die Chancen der Einstiegsausbildungen (CITP/CCM Verträge) sind zu nutzen, indem im Dienstleistungsbereich neue Formationen angeboten werden, wie Fastfoodverkäufer, Recyclingagent, Dienstbote, Gebäudereiniger,.....
- für die Absolventen der Technikerausbildung ist ein praktisches Ausbildungsjahr mit spezialisiertem Zusatzdiplom einzuführen
- das Konzept der Ecole de la deuxième chance muss verallgemeinert werden
  - o für alle Jugendlichen, die den Weg in eine Ausbildung nicht schaffen
  - o mit flächendeckend regionalen Strukturen, die in enger Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft die Integration dieser Jugendlichen sichern
- die Erfahrung und Kompetenz der Akteure der Solidarwirtschaft muss genutzt werden
- eine Datenbank für freie Stellen für Auszubildende soll eine effizientere Vermittlung ermöglichen.

déi gréng setzen sich ein für eine Vereinfachung und schnellere Abwicklung der verschiedenen Prozeduren:

- anstatt nach 12-24 Monaten, soll die staatliche Subvention der Lehrlingsentschädigung direkt und damit schneller an den Betrieb bzw. den Auszubildenden ausgezahlt werden
- in verschiedenen Berufen könnte die Einschulung flexibler und 2 mal im Jahr stattfinden

### **III. Wirtschaftliche Innovation bringt neue Arbeitsplätze**

Grüne Wirtschaftspolitik wird vor allem auf Umwelt- und Energietechnologien sowie auf Forschung und Wissenschaft setzen. Insbesondere für innovative, auf Technologie und Forschung ausgerichtete Klein- und Mittelunternehmen muss ein attraktives wirtschaftliches Umfeld geschaffen werden. Diese Diversifizierung bedeutet große Chancen für die Wirtschaft und den hiesigen Arbeitsmarkt:

- déi gréng wollen die stärkere Ausrichtung der Stahlindustrie auf Ökotechnologien aktiv fördern. Dies gilt für die Spezialisierung von Arcelor-Mittal im Bereich der nachhaltigen, energiesparenden Bauweise und die gemeinsame Forschung in diesem Bereich zusammen mit anderen Bauunternehmen
- kleinere und mittlere Unternehmen im Bereich des ökologischen und baubiologischen Bauens müssen unterstützt werden
- in Zusammenarbeit mit den „Centres de recherches publics“ ist ein Cluster im Bereich Energetische Sanierung in der Großregion zu fördern. Dieser Verbund könnte den lokalen und regionalen Markt in der Großregion bedienen.
- die Neunutzung der Industriebrachen in Esch (Terres Rouges), in Düdelingen, Differdingen und Petingen/Rodange ist unter hohen Qualitäts- und Umweltstandards vorantreiben
- die zur Universität gehörende „Cité des sciences“ auf Belval muss Klein- und Mittelunternehmen aus den Bereichen der Ökotechnologien und der Baubiologie die notwendigen Impulse geben. So entstehen in der ganzen Region neue Arbeitsplätze mit den verschiedensten Qualifikationsanforderungen und einer breiten Palette von Berufsbildern
- ein Institut für Prävention und Forschung im Bereich von Umwelt- und Gesundheitstechnologien einrichten
- an Luxemburger Sekundar- und technischen Hochschulen sind Lehrgänge einzurichten, in denen nachhaltiges Wirtschaften und erneuerbare Ressourcen thematisiert werden